



Tretminen.

–KARIKATUR: TOMIEX

LEITARTIKEL

Mutlose Vorschläge

Große Koalition streitet über Verwendung der Mehreinnahmen

VON CHRISTOPH ULRICH

Die schwarz-rote Koalition ist in einer komfortablen Lage. Die gute Konjunktur lässt die Steuereinnahmen stärker sprudeln als erwartet. Mit bis zu 20 Milliarden Euro Mehreinnahmen wird allein in diesem Jahr gegenüber der Steuer-schätzung im Mai gerechnet. Damit gewinnt die Bundesregierung einen zusätzlichen Handlungsspielraum, um auch im nächsten Jahr die Rahmenbedingungen für ein solides Wachstum der Wirtschaft zu schaffen. Doch bisher sind die Vorschläge eher mutlos.

Mit der bereits beschlossenen Erhöhung der Mehrwertsteuer um drei Prozentpunkte ab Anfang nächsten Jahres hat die Koalition der Wirtschaft eine schwere Last aufgebürdet. Viele Wirtschaftsexperten erwarten einen weiteren Einbruch der Binnenkonjunktur, die ohnehin nicht sehr stabil da steht. Die Verbraucher halten sich seit Jahren mit ihrem Konsum zurück und sparen für schlechtere Zeiten. Den Glauben daran, dass die Politik den privaten Haushalten in Zukunft einen größeren finanziellen Spielraum einräumen könnte, haben die Bürger längst aufgegeben.

Die aktuelle Diskussion über die mögliche Verwendung der Steuermehreinnahmen zeigt, dass die Bundesregierung auch nicht wirklich bereit ist, zugunsten der Bürger auf Geld zu verzichten. Die einfachste Lösung, die Mehreinnahmen einigermaßen gerecht

und vor allem konjunkturpolitisch sinnvoll auszugeben, steht gar nicht zur Debatte: die Abschaffung des Solidaritätszuschlags. Der „Soli“ ist schließlich eine Ergänzungsabgabe, die man jederzeit zurücknehmen kann. Bester Grund dafür: Es sind genügend Steuereinnahmen vorhanden, um die Aufgaben des Staates zu erfüllen. Auf das Aufkommen aus dem Solidaritätszuschlag von jährlich rund zehn Milliarden Euro kann der Fiskus derzeit getrost verzichten. Gleichzeitig käme die Bundesregierung ihrem Ziel näher, die direkten Steuern strukturell abzubauen.

Mit durchdachter Finanzpolitik hat das nichts zu tun.

Statt diesen einfachen Weg zu gehen, diskutieren die Politiker in Berlin aber lieber, wie sie die Einnahmen nach ihrem Gutdünken und ihrer politischen Selbsterhaltungsstrategie verwenden können. Weil eine mögliche Erhöhung der Krankenkassenbeiträge beim Bürger nicht so gut ankommt, wird über einen Steuerzuschuss für die Kassen nachgedacht, obwohl die Koalition bei der Gesundheitsreform gerade erst das Auslaufen des Bundeszuschusses ab 2008 beschlossen hat. Mit durchdachter Finanzpolitik hat das nichts zu tun.

Apotheker schimpfen über Reform

Auftritt bundesweiter Proteste in Leipzig – Arbeitgeber und Gewerkschaften sehen tausende Jobs bedroht

VON SAMIRA SACHSE

Leipzig. Deutschlands Apotheker machen zusammen mit ihren Angestellten gegen die geplante Gesundheitsreform mobil. Zum Auftakt der Protestaktionen kamen gestern rund 10.000 Frauen und Männer zu einer Demonstration in Leipzig zusammen. Während die Apothekeninhaber durch die Gesetzesänderung drastische finanzielle Einschnitte befürchten und die Versorgungssicherheit in Gefahr sehen, gingen die Angestellten vor allem aus Sorge um ihre Jobs auf die Straße.

In weißen Kitteln, mit Trillerpfeifen und Plakaten zogen die Demonstranten durch die Stadt bis zum historischen Nikolaikirchhof. „Dieser Gesetzentwurf ist ein Apothekenvernichtungsgesetz“, sagte Monika Koch dort während einer Kundgebung. Die Vorsitzende des Sächsischen Apothekerverbandes sprach von Existenzangst. Durch den zunehmenden Konkurrenzdruck würden vor allem in ländlichen Regionen Apotheken ruiniert und es entstünden Versorgungslücken. „Erst verschwindet die Post, dann die Sparkasse und jetzt vielleicht die Apotheke“, so Koch.

Ihr sachsen-anhaltischer Verbandskollege Mathias Arnold warnte zudem vor einer drastischen Verschlechterung der Arzneimittelversorgung. Sein Szenario: Minderwertigen Medikamentenimporten aus so genannten Drittländern würden Tür und Tor geöffnet, und auch gefälschte Arzneien könnten auf den deutschen Markt gelangen. In jedem Fall seien nicht nur die Apotheker und deren Angestellte Leidtragende der Gesundheitsreform. Auch die Patienten hätten das Nachsehen, wenn dem „Apotheker



Die Apotheker sehen ihre Existenz gefährdet.

–FOTO: ECKEHARD SCHULZ/AP

um die Ecke die wirtschaftliche Basis entzogen“ werde.

Bei den Leipzigern stieß die Protestaktion auch auf kritische An-

merkungen. Gesine Walter, die mit einer Bekannten auf Achse war, meinte, dass Apotheker aus ihrer Sicht „eher nicht arm“ seien. Auch

ein älteres Ehepaar, das sich nur mühsam durch die Masse quälte, wettete über die Aktion. Verbands-mann Arnold räumte auf Anfrage auch ein, dass sein Berufsstand nach der Wende „durchaus fette Jahre“ erlebte. „Doch die sind lange vorbei“, so der Sachsen-Anhalter. Sowohl er als auch Monika Koch klagen, dass die Bevölkerung kaum über die Auswirkungen der Reform im Bilde sei. Es sei den Leuten nicht klar, dass unter den neuen Bedingungen eine Wohnortnahe und flächendeckende Arzneiversorgung nicht aufrecht zu erhalten sei.

Rückendeckung erhalten sie von der Apothekergewerkschaft Adexa. Deren Bundesvorsitzende Monika Oppenkowski sagte, dass der steigende Kostendruck direkt an die Arbeitnehmer weitergegeben werde. Durch neue Sparzwänge – rund 500 Millionen Euro sollen die Apotheken einsparen – seien zudem tausende Jobs in Gefahr. Im Durchschnitt drohe in jeder der deutschlandweit insgesamt 21.500 Apotheken die Streichung eines Arbeitsplatzes, hieß es. Das wäre mehr als jeder siebte Job in dem Bereich. Oppenkowski: „Die Personaldecke ist aber bereits jetzt extrem dünn.“

Weitere Proteste in München, Hamburg und Düsseldorf sollen in den nächsten Tagen folgen.

STICHWORT: APOTHEKEN

In Sachsen ist die Zahl der Apotheken mit 958 (Ende 2005) seit Jahren etwa stabil. Das sind rein statistisch rund 4400 Bürger pro Apotheke und damit deutlich mehr als im Bundesdurchschnitt (3840). Allerdings gibt es teils erhebliche Disproportionen. In einigen ländlichen Regionen fehlen Apotheken, während in diversen Großstädten zu viele Anbieter um Kunden kämpfen.

Nordkorea nennt Bedingungen für neue Verhandlungen

Pjöngjang will Ende von US-Finanzsanktionen erreichen – US-Unterhändler: Werden Thema auf die Tagesordnung setzen

Seoul/Washington. Nordkorea hat seine Bereitschaft zur Rückkehr an den Verhandlungstisch bestätigt, jedoch Bedingungen für die Wiederaufnahme der Sechs-Nationen-Gespräche zum Atomstreit gestellt. Pjöngjang sei unter der Voraussetzung bereit zu neuen Verhandlungen, dass auch über eine Aufhebung der US-Finanzsanktionen gesprochen werde, erklärte das nordkoreanische Außenministerium gestern. US-Unterhändler Christopher Hill sagte, Washington sei willens, das

Thema auf die Tagesordnung zu setzen. Die nächste Gesprächsrunde müsse sorgfältig vorbereitet werden, „weil wir in diesen Sitzungen Fortschritte erzielen müssen“, sagte er. Es werde aber „sehr schwierig“ werden.

US-Präsident George W. Bush äußerte sich „sehr erfreut“ über die Verhandlungsbereitschaft Nordkoreas. Südkorea begrüßte die Ankündigung des Nachbarlandes als „Anfang für eine gründliche Lösung der atomaren Frage“ auf der koreanischen

Halbinsel. Die nach dem nordkoreanischen Atomwaffentest vor rund drei Wochen vom UN-Sicherheitsrat beschlossenen Sanktionen sollten jedoch vorerst in Kraft bleiben, wie Bush versicherte. Ähnlich äußerte sich der südkoreanische Vize-Außenminister Yu Myung Hwan. Japans Regierungschef Shinzo Abe betonte, solange Nordkorea seine Nuklearaktivitäten nicht einstelle, werde Tokio auch seine einseitig verhängten Sanktionen nicht aufheben.

Pjöngjang hatte sich bei dem bislang letzten Sechs-Nationen-Treffen im September 2005 bereit erklärt, sein Atomprogramm gegen internationale Hilfe und Sicherheitsgarantien aufzugeben. Zwei Monate später nahm die nordkoreanische Regierung diese Erklärung mit Hinweis auf die US-Finanzsanktionen zurück und verkündete ihren Ausstieg aus den Gesprächen. Die Krise hatte sich verschärft, nachdem Nordkorea am 9. Oktober erstmals eine Atomwaffe testete. (afp)

KOMMENTAR

Unberechenbar

Signal aus Nordkorea ist mit Vorsicht zu genießen

VON PETER BRETSCHNEIDER

Der Schock saß tief, als Nordkorea vor reichlich drei Wochen den ersten unterirdischen Test einer Atombombe vermeldete. Die Bestürzung darüber war nicht nur bei den unmittelbaren Nachbarn des stalinistischen Regimes ganz beträchtlich. Die bedrohliche Entwicklung alarmierte auch die Mitglieder des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, die sich nach langwierigen und zähen Verhandlungen auf Sanktionen gegen das kommunistische Land einigten – allerdings auf solche Zwangsmaßnahmen mit recht maßvollem Inhalt. Dazu zählen Reisebeschränkungen sowie ein Handelsembargo für Waffen, Luxusgüter und alle Waren, die dem Atomwaffenprogramm dienen könnten.

Ob und welche konkrete Wirkung die internationalen Reaktionen auf die Machthaber in Pjöngjang hinterlassen haben, darüber kann nur spekuliert werden. Die Tatsache, dass Nordkorea jetzt seine Bereitschaft erklärt hat, an den Verhandlungstisch zurückzukehren, spricht allerdings doch für sich. Die damit einhergehende Erleichterung ist verständlich. Denn eine diplomatische Lösung der seit Jahren anhaltenden Auseinandersetzung ist natürlich der beste Weg. Doch so weit ist es noch lange nicht. Daran kann auch das jetzt aus Pjöngjang kommende noch so

erfreulich erscheinende Signal nicht das Geringste ändern.

Täuschen und Tricksen, Hinhalten und Vertrösten – die Palette des Instrumentariums nordkoreanischer Verhandlungsführer ist lang. Noch bei den letzten Sechs-Nationen-Gesprächen über den Atomkonflikt vor ziemlich genau einem Jahr hatte sich das Regime bereit erklärt, sein Atomprogramm gegen in Aussicht gestellte internationale Hilfen und Sicherheitsgarantien aufzugeben. Keine zwei Monate später war davon dann allerdings keine Rede mehr. Dafür wurde zu diesem Zeitpunkt unter Hinweis auf bestehende Finanzsanktionen der USA der Ausstieg aus den Verhandlungen verkündet. Die Folge war, dass die sich immer mehr zuspitzende Krise nahezu ungehindert ihren Lauf nehmen konnte.

Die vergangenen Jahre haben mehrfach gezeigt, dass die Berechenbarkeit nordkoreanischer Außenpolitik nur eine sehr geringe Halbwertszeit besitzt. Insofern sind die nun geäußerten Absichten auch mit Vorsicht zu genießen. Zumal die verkündete Gesprächsbereitschaft an Bedingungen geknüpft worden ist, die man doch besser unterlassen hätte, weil damit neue Scharmützel bereits wieder programmiert erscheinen. Trotzdem: Ein Ansatz, um einen Weg aus der Krise zu finden, ist gegeben.

Linkspartei streitet über Haltung zu Israel und zum Nahost-Konflikt

Initiative verlangt bedingungslose Anerkennung des jüdischen Staates

VON JAN-PHILIPP HEIN

Berlin. In der Linkspartei brodelt es wegen der Position zum Nahost-Konflikt. Nachdem die beiden außenpolitischen Sprecher der Bundestagsfraktion, Wolfgang Gehrcke und Norman Paech, den Sprecher der radikalislamischen Hamas, Rhazi Hamad, zu einer Konferenz nach Berlin einladen wollten, hagelt es Protest aus der Partei. Zwei Dutzend Mitglieder, darunter Juliane Nagel, die im sächsischen Landesvorstand sitzt und ihre Leipziger Kollegin Stefanie Götzke sowie viele Mitglieder der Rosa-Luxemburg-Stiftung schrieben jetzt einen offenen Brief. Unter dem Titel „Hamas raus aus den Köpfen“ heißt es: „Die Hamas ist eine antidemokratische Partei, deren radikal antisemitisches Programm wie ihre Politik auf die Vernichtung Israels gerichtet ist. Ein gemeinsamer Dialog mit der Hamas ist unseres Erachtens nur bei vorheriger bedingungsloser Anerkennung des Existenzrechtes Israels möglich.“ Sie sprechen von einer Missachtung der „Akteurinnen der Linken in Deutschland“, die eine kritische Haltung zu gewalttätigen, islamistischen Vereinigungen einnehmen. Der Hamas-Mann kommt nicht nach Berlin. Allerdings nicht wegen des parteiinternen Gegen-

winds, sondern weil die Europäische Union keinen Kontakt mit der Hamas wünscht und der Regierungssprecher deshalb kein Visum erhält.

Bereits im Sommer bekam die Fraktionsspitze in Berlin Post aus Leipzig. Landesvorstandsmitglied Juliane Nagel und zwei Mitstreiter aus der sächsischen Linkspartei verlangten eine „Entsolidarisierung mit religiösen, fundamentalistischen (Volks-)Befreiungsbewegungen“. Man finde es „unerhört“, so heißt es vor dem Hintergrund des Libanonkriegs, dass der Linkspartei nichts anderes einfallen als Israel als „Aggressor“ zu bezeichnen.

„Antizionismus verwerfen“

Auch die sächsische Bundestagsabgeordnete und stellvertretende Bundesvorsitzende der Linkspartei, Katja Kipping, hat sich in den Streit eingeschaltet. Ihr Papier „Für einen linken Zugang zum Nahostkonflikt jenseits von Antizionismus und antideutschen Zuspitzungen“ analysiert die „bestehenden linken Sichtweisen auf den Nahostkonflikt“. Aus der „Der-Feind-meines-Feindes-ist-mein-Freund-Perspektive“ sei Israel als Verbündeter der USA von den Linken abgelehnt worden. Daraus folge die Unterstützung radikaler Vereinigungen. Sie fordert, dass

in der Linken „bestimmte Essentials“ (Notwendigkeiten) durchsetzen. Dazu gehöre die bedingungslose Anerkennung des Existenzrechtes Israels. Der Antizionismus müsse verworfen werden, schon deshalb, weil er in seiner stalinistischen Prägung eine „Spielart des Antisemitismus“ sei, in dem die „jüdische Weltverschwörung“ eine Rolle spiele. Sie verweist auch auf den modernen muslimischen Antisemitismus, der vom europäischen Antisemitismus inspiriert sei.

Paech hält das Papier von Katja Kipping für „unhistorisch“ und lehnt es ab. Nicht nur die Hamas, auch die libanesische Hisbollah, die als Arm des Iran gilt, dessen Präsident die Vernichtung Israels fordert und den Holocaust leugnet, scheint den außenpolitischen Sprechern der Bundestagsfraktion nicht so fern zu sein, als dass man sich distanzieren müsste. Gehrcke sprach auf einer Kundgebung in Berlin, bei der von einigen Teilnehmern „Wir sind alle Hisbollah“ gebrüllt wurde. Kipping ist diese Nähe ihrer Partei zu islamistischen Gruppierungen nicht geheuer: „International wie im eigenen Land sollte die Linkspartei keine Aufrufe oder Aktionen zum Nahostkonflikt unterstützen, die nicht ausdrücklich das Existenzrecht Israels formulieren.“

Freie Presse

Herausgeber:
Medien Union GmbH Ludwigshafen
Verlag:
Chemnitzer Verlag und Druck
GmbH & Co. KG
09111 Chemnitz, Brückenstraße 15
oder: 09002 Chemnitz, Postfach 261
Telefon: 0371 6560
Telefax Redaktion: 0371 656-17084
Telefax Anzeigen: 0371 656-10779
Internet: www.freiepresse.de
E-Mail: die.tageszeitung@freiepresse.de

Geschäftsführer: Johannes Schulze
Chefredakteur: Dieter Soika
Stellvertretende Chefredakteure:
Johannes Fischer, Udo Lindner
Verantwortliche Redakteure:
Chef vom Dienst: Günter Sonntag,
Politik/Wirtschaft: Christoph Ulrich,
Regionales: Johannes Fischer,
Kultur: Ulrich Hammerschmidt,
Sport: Martina Martin,
Ratgeber/Service: Dietmar Bartel,
Bild/Grafik: Ulf Dahl, Büro Dresden:
Hubert Kemper, Samira Sachse,
Büro Berlin: Peter Koad, Christian Meier.

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Zuschriften zu bearbeiten und auszusweise abdruckend. Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Fotos übernehmen wir keine Haftung. Eine Zurücksendung erfolgt nicht. Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder in Fällen höherer Gewalt kein Entschädigungsanspruch.

Anzeigenleiter: Rainer Beier
Anzeigen nach Preisliste 20/2006
einschließlich der allgemeinen
und zusätzlichen Geschäftsbedingungen.

Leiter Leserservice: Michael Kleffel
Der Abonnementpreis der Freien Presse beträgt monatlich 19,20 €, einschließlich 7% Mehrwertsteuer und ist im Voraus zu bezahlen. Der monatliche Postbezugspreis beträgt 26,30 € (Inland) bzw. 45,70 € (Ausland). Dienstags erscheint in der Freien Presse die Fernsehbeilage rtv. Abbestellungen können nur zum Quartalsende ausgesprochen werden und müssen sechs Wochen vorher schriftlich beim Verlag oder den Geschäftsstellen vorliegen. Die Zusteller sind nicht berechtigt, Abbestellungen anzunehmen.